

wirklagen gegen den Südlink



Pressemitteilung vom 21.11.2025

Trassengegner-Bürgerinitiativen klagen gegen Planfeststellungsbeschluss für Südlink - Durch Klageeinreichung ist Planfeststellungsbeschluss nicht bestandsfähig

Die Bürgerinitiative (BI) Bergrheinfeld e.V. klagt als anerkannte Umweltvereinigung gegen den Planfeststellungsbeschluss zur Stromtrasse SuedLink in Bayern. Die Klage erfolgt regionsübergreifend. Finanziert wird die Klage von einem Aktionsbündnis aus Bürgerinitiativen in Bayern, Hessen und Thüringen, die sich im Aktionsbündnis Trassengeegner zusammengeschlossen haben. Die Kanzlei Baumann aus Würzburg hat im Auftrag des Aktionsbündnis Trassengeegner über die Bürgerinitiative Bergrheinfeld e.V., einem öffentlich anerkannten Umweltklageverband (§ 4 Umweltrechtsbehelfsgesetz), Klage beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gegen den Planfeststellungsbeschluss für das Vorhaben SuedLink in Bayern eingereicht.

“Wir sind der festen Überzeugung, dass der Planfeststellungsbeschluss für den Südlink aufgrund zahlreicher formeller Mängel nicht bestandsfähig ist. Deshalb fechten wir ihn auf juristischem Weg an. Gleichzeitig wollen wir die politisch Verantwortlichen dazu auffordern, zeitnah sicherere und nachhaltigere Lösungen für unsere Energieversorgung zu finden. Wir halten den Südlink und den geplanten Übertragungsnetzausbau insgesamt für eine katastrophale energiewirtschaftliche Sackgasse, unserer Umwelt wird damit massiver Schaden zugefügt“, fasst Bündnissprecherin Dörte Hamann die Beweggründe der Bürgerinitiativen für die Klage zusammen.

Zur Südlink-Klage findet eine Online-Pressekonferenz am Mittwoch, 26. November 2025 um 11 Uhr statt.

Rechtsanwalt Dr. Eric Weiser-Saulin wird die Klagebegründung erläutern und für Fragen zur Verfügung stehen. Mitglieder der beteiligten Bürgerinitiativen stellen die Hintergründe für ihre Motivation, gegen den Südlink zu klagen, vor. Dazu werden von Hildegard Beyfuß (Bürgerinitiative A7 Stromtrasse NEIN e.V.) Bilder von den bereits entstandenen Schäden an Erdkabel-Baustellen vorgestellt.

Moderation und Ansprechpartnerin für Rückfragen: Dörte Hamann (Aktionsbündnis Trassengeegner)

Zoom-Link: <https://us02web.zoom.us/j/6854674503?pwd=UlpIMWFxUIFiUWI0SXBFbWhic3pDdz09>

Warum wir gegen den Südlink klagen

Übertragungsnetzausbau ist überdimensioniert

Die im Aktionsbündnis Trassengeegner organisierten Bürgerinitiativen kritisieren seit Jahren die angebliche Notwendigkeit überdimensionierten und überteuerten Übertragungsnetzausbaus. Der Netzentwicklungsplan der Bundesnetzagentur, auf dem die gigantischen Pläne beruhen, geht nachweislich von falschen Annahmen aus: Das Stromnetz soll so weit ausgebaut werden, dass auch noch die letzte Kilowattstunde aufgenommen werden kann. Dies ist vom Energiewirtschaftsgesetz nicht verlangt und auch nicht erlaubt.

“Eine ergebnisoffene und transparente Diskussion um den Bedarf des Südlink wurde nie geführt. Da auch nie Alternativen geprüft wurden und die Öffentlichkeitsbeteiligung in vielerlei Hinsicht unsachgemäß und damit auch höchst undemokratisch verlaufen ist, halten wir es für zwingend notwendig, ein Zeichen gegen den massiven Ausbau des Übertragungsnetzes zu setzen!” begründet Norbert Kolb, Vorsitzender der BI Bergrheinfeld e.V., die Klage. Es gibt keine neutrale Stelle, die den Bedarf für dieses Projekt überprüft hat. “Insgesamt muss festgestellt werden, dass Gleichstromleitungen wie der Südlink die gesetzlichen Anforderungen an eine sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche Energieversorgung nicht erfüllen”, so Kolb.

Gravierende Umweltschäden

Die Schäden, die durch den Bau des Südlink entstehen, sind massiv, wie laufende Bauarbeiten in Baden-Württemberg zeigen. “Diese Arbeiten werden an vielen Stellen völlig rücksichtslos durchgezogen, es ist entlang vorhandener Baustellen ein Bild der Verwüstung”, kritisiert Hildegard Beyfuß von der Bürgerinitiative A7 Stromtrasse NEIN e.V. die Übertragungsnetzbetreiber. “Dieses unprofessionelle Vorgehen beim Bau von Erdkabel-Trassen muss so schnell wie möglich gestoppt werden!”.

Folgende Schäden sind bereits jetzt zu beobachten:

- Die Bodenstruktur wird mutwillig zerstört und die Böden verunreinigt.
- Gefahr durch Ausbläser bei HDD-Bohrungen. Bei den Spülbohrungen wird Bentonit verwendet. Bohrflüssigkeits-Rückstände treten aus den Bohrlöchern und laufen talwärts in die Bäche. Die Rückstände ergießen sich auch in Schutzgebiete. Das Grundwasser wird verseucht.
- Die Schäden, die für Natur und Umwelt und für die Landwirtschaft entstehen, sind nicht abschätzbar. FFH- und Naturschutzgebiete werden nicht ausreichend geschützt.
- Bodenschutz, Gewässerschutz, Artenschutz sind nicht gewährleistet. Die Auswirkungen der Zerstörung sind gravierend. Es handelt sich hier um Umweltstraftaten. Doch die zuständigen Behörden reagieren nicht.

Kosten für Gleichstromtrassen (HGÜ) wie Südlink laufen aus dem Ruder

Aktuell soll der Ausbau der deutschen Stromverteilnetze (Stadtwerke) und der Stromübertragungsnetze (durch Übertragungsnetzbetreiber wie Tennet und TransnetBW) 500 Milliarden Euro kosten. Heiko Ißleib von der Bürgerinitiative Thüringen gegen Südlink weist darauf hin, dass Tennet seit Jahren von 10 Milliarden Euro für den Bau des Südlink ausgeht. „Die tatsächlichen Kosten dürften aber um ein Vielfaches höher liegen“, befürchtet Ißleib, „denn allein Projektierer TransnetBW spricht inzwischen von mindestens 8 Milliarden Euro nur für den südlichen Abschnitt des Südlink, der durch Bayern und Baden-Württemberg führt. Die Kosten explodieren. Der Strompreis steigt und die Staatskassen werden immer leerer. Letztlich werden die privaten Haushalte und die Unternehmen über ihren Strompreis bezahlen, denn für eine Entlastung von der Stromsteuer, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, ist kein Geld mehr in der Staatskasse. Das schadet dem Wirtschaftsstandort und ist auch aus sozialen Gründen zurückzuweisen. Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht bereit, das zu bezahlen!”

Zeitnahe Realisierung des Südlink ist realitätsfern

Dabei könnte die Politik jetzt noch zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft eingreifen. Ein großer Teil der geplanten Leitungen ist bisher noch nicht im Bau. Es geht um einen zweistelligen Milliardenbetrag, der bei einer Verhinderung des Südlink eingespart werden kann. „Eine HGÜ-Leitung ist erst dann funktionsfähig, wenn sie von Nord nach Süd durchgängig gebaut ist“, so Matthias Grabing von der Bürgerinitiative Werra-Meißner gegen Südlink. „Eine Inbetriebnahme 2028 ist utopisch. Dass die Übertragungsnetzbetreiber suggerieren, alles sei in trockenen Tüchern und der Bau des Südlink würde ohne Probleme voranschreiten, ist unglaublich.“

Auch Grundstückseigentümer wehren sich gegen Enteignung

Für den Bauabschnitt durch Bayern liegt zwar ein Planfeststellungsbeschluss vor, aber es gibt auf dieser Strecke auch Sperrgrundstücke, für die bisher keine Grunddienstbarkeit eingetragen wurde und für die Betretungsverbot besteht. Viele Grundstückseigentümer wehren sich dagegen, für den Bau des Südlink enteignet zu werden.

Südlink schadet Klimaschutz und Versorgungssicherheit

„Wie angreifbar die kritische Strominfrastruktur ist, haben wir in Deutschland längst erleben müssen. Die Bundesregierung verschläft den Umbau zu einem krisensicheren System. Stattdessen setzt sie auf offen liegende Strom-Pulsadern wie den Südlink. Der Netzausbau muss neu geplant werden!“, so die übereinstimmende Forderung der Bürgerinitiativen im Aktionsbündnis Trassengegner.

Das Aktionsbündnis Trassengegner ist seit Anfang 2014 aktiv. Bei der Verhinderung des Südlink und weiterer Übertragungstrassen ging es den Bürgerinitiativen von Beginn an auch immer darum, die Energiewende voranzubringen. Dafür ist es zwingend notwendig, den Alternativen zum überdimensionierten Übertragungsnetzausbau Raum zu schaffen. „Wir müssen weg von einem zentralistischen System hin zu einem dezentralen System mit netzdienlichen Speichern, [nur so kann die Energiewende gelingen](#)“, fordert Bündnissprecherin Dörte Hamann. Es sei leider erkennbar, dass die Bundesregierung mit ihren Entscheidungen dazu beiträgt, veraltete Netzausbaupläne trotz leerer Staatskassen durchzuwinken. Das sei insofern nicht erstaunlich, da ein zentralistisches System mit großen Übertragungstrassen vor allem dem fossil-atomaren Stromhandel Nutzen bringt.

„Ganz offensichtlich hat sich die Bundesregierung unter Merz bewusst von überlebensnotwendigen Klimaschutzziele verabschiedet und verschwendet jetzt unser Geld für die Rolle rückwärts. Sogar die Nutzung von Atomkraft soll wieder eine Option sein. Das ist inakzeptabel“, kritisiert Hamann. „Das derzeit geplante Stromnetz dient nachweislich der [Verstärkung des internationalen Stromhandels](#), der zu wesentlichen Anteilen aus fossil-atomaren Stromquellen gespeist wird. Dass die Übertragungsnetzbetreiber und Investoren beim Bau des Südlink von einem Energiewendeprojekt sprechen ist deshalb unanständiges Greenwashing.“

Ansprechpartnerin für Rückfragen:

Dörte Hamann

Sprecherin Aktionsbündnis Trassengegner

Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau!

Tel.: 01573 2618073

Mail: pressestelle@stromautobahn.de